

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/204

Bonn, den 25. Oktober 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

"Parteiengespräche"

42

Bisher im Ansatz stecken geblieben

2 - 3

Die SPD macht keine leeren Versprechungen

98

Zum 9. Verbandstag der Heimkehrer in Mainz

Von Fritz Büttner, MdB

4

Die vorhandenen Chancen nützen

51

Die Bundesrepublik muß ihren Einfluß bei der Unesco verstärken

5 - 6

"Aufstand gegen Belgrad"

87

Jugoslawien im Umbruch

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

+ + +

"Parteiengespräche"

Bisher im Ansatz stecken geblieben

sp - Staatssekretär Günther von Hase übernimmt sich. Jetzt musste er wieder behaupten, die Parteiengespräche beim Bundeskanzler über die Deutschlandpolitik genügten, um alle mit dem Deutschlandproblem im Zusammenhang stehenden Fragen ausloten zu können. Immer mehr Journalisten fragen sich in Bonn, ob Herr von Hase unbedingt verpflichtet sei, so zu tun, als müsse er alles glauben, was ihm sein Chef sagt. Irgendwo hat ja die Loyalität eines Beamten auch seine Grenzen.

Die bisherigen Parteiengespräche beim Bundeskanzler sind, wie jeder weiss, über die Erörterung bereits bekannter Standpunkte nicht hinausgekommen.

- * Alle während dieser Gespräche von sozialdemokratischer und auch
- * von freidemokratischer Seite unternommenen Versuche, den toten
- * Punkt zu überwinden und neue Ufer anzustreben, sind im Ansatz
- * stecken geblieben. Der entscheidende Grund hierfür ist das Un-
- * vermögen der Unionsparteien, in ihren eigenen Reihen wenig-
- * stens ein Mindestmass an Übereinstimmung über den einzuschla-
- * genden Weg zu erzielen. Das weiss Staatssekretär Günther von
- * Hase genauso gut wie jeder Teilnehmer an diesen Gesprächen.

Wenn die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in der letzten Sitzung ihrer Führungskörperschaften in Berlin die Bundesregierung erneut aufgefordert hat, ein Grenium zu schaffen, in dem s t ä n d i g alle die mit dem Deutschlandproblem im Zusammenhang stehenden Fragen bearbeitet werden und im Laufe der Zeit eine für alle demokratischen Parteien in der Bundesrepublik verpflichtende gemeinsame Deutschlandpolitik entwickelt wird, dann geschah das nicht deswegen, weil die SPD "mal was Neues" sagen wollte. Sie tat es, um zu helfen, die Stagnation in der Deutschlandpolitik zu überwinden und um der Bundesregierung sowie den sie tragenden Parteien zu sagen, dass der jetzige Zustand des Nichtstuns unerträglich ist und der deutschen Sache in In- und Ausland schadet.

Wir geben zu, dass die noch amtierende Bundesregierung kaum in der Lage sein dürfte, irgend etwas Positives zustande zu bringen; auch nicht in der Deutschlandpolitik. Das kann und darf aber für einen Staatssekretär keine Veranlassung dazu sein, mit trockener Selbstgefälligkeit und bedauernswerter Phantasielosigkeit über Vorschläge einer Partei hinwegzureden, hinter der mehr als 40% der mündigen Bürger der Bundesrepublik stehen.

Wenn Herr von Hase deutschen und ausländischen Journalisten ausserdem noch erzählt, die Bundesregierung habe eine erfolgreiche Deutschlandpolitik betrieben und werde diese konsequent fortsetzen, dann darf er sich bei seinen Zuhörern dafür bedanken, dass derartige Kraftakte nur mit einem höflichen aber mitleidigen Lächeln quittiert werden.

Die SPD macht keine leeren Versprechungen

Von Fritz Büttner, MdB

In der Zeit vom 21. - 23. Oktober 1966 fand der 9. Verbandstag des Heimkehrerverbandes, der 312 000 Mitglieder zählt, statt. Willy Brandt hatte in seinem Grußwort u.a. folgendes ausgeführt: "Auf dem Dortmunder Parteitag habe ich Anfang Juni gesagt: "Die Soldaten wissen, wie wir zu ihrem Dienst am Vaterland stehen. Sie wissen auch, wie wichtig uns die demokratische Tradition in Deutschland ist, zu der in besonderer Weise der Widerstand gegen Hitler gehört. Das gilt nicht nur für unsere Bundeswehr. Das gilt ebenso für die missbrauchte Einsatz- und Opferbereitschaft der Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht. Dass Ihr Verband auch dort unseres Respekts und unserer Unterstützung gewiss sein kann, wo er sich aus leidvoller Erfahrung um die Versöhnung der ehemaligen Kriegsgegner und um den Ausgleich zwischen den Völkern bemüht, ist eine schlichte Selbstverständlichkeit". So schrieb Willy Brandt.

Auf dieses Grußwort habe ich in meinen Ausführungen im Auftrage von Partei und Bundestagsfraktion verwiesen. Ich habe ausgeführt, dass Sozialdemokraten zu ihrem Worte stehen, dass sie es aber ablehnen, auf Tagungen Versprechungen zu machen, die der Lage, in der wir uns befinden, nicht angemessen und deshalb nicht aufrichtig sind.

CDU-MdB Josten konnte den Heimkehrern ganz etwas Neues verkünden: die CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe einstimmig in Berlin den Beschluss gefasst, die Bundesregierung zu bitten, alsbald eine Kabinettsvorlage für eine Schlussnovelle zum Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz vorzulegen. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, nachstehende Vorgänge in die Erinnerung zurückzurufen.

Der geschäftsführende Präsident des Verbandes, Werner Kießling, hat vor den Bundestagswahlen im September 1965 dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion folgende drei Fragen vorgelegt:

1. Wird die SPD-Fraktion die am 23.6.1965 in der Geschäftsordnungsdebatte zitierte Initiative sofort nach dem Zusammentritt des neuen Deutschen Bundestages wieder aufnehmen?
2. Ist die SPD bereit, im Falle einer solchen neuen Initiative die auf Grund des Parteitagsbeschlusses von Karlsruhe vorgesehene größere Lösung von 780 Mio einzubringen?
3. Wird diese Einbeziehung des Rechtsanspruches der Frühheimkehrer ab 1.7.1946 und Zusatzentschädigung pro Quartal 250,-DM ab 1.1.1949 dank für die SPD das Schlussgesetz sein?

Fritz Eiler hat am 5.8.1965 wie folgt geantwortet:

"Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird nach Zusammentritt des neuen Bundestages auf der Grundlage des Antrages meiner Fraktion - Drucksache IV/3605 - initiativ werden.

Die Verwirklichung einer weitgehenden Lösung, zu der wir uns grundsätzlich und mit Nachdruck bekennen, müssen wir allerdings leider davon abhängig machen, in welchem Zustand wir die Finanzwirtschaft des Bundeshaushalts nach der Wahl vorfinden werden".

Dr. Alex Möller hatte in der bekannten Pressekonferenz vom 5.7.1966 erklärt, dass eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung sich bereits 1966 der Heimkehrer annehmen würde. In seiner finanzpolitischen Übersicht war eine Schlussgesetzgebung für die Kriegsgefangenenentschädigung unter der Rubrik "Mehraufwendungen für politisch wichtige Aufgaben im Haushaltsjahr 1966" verzeichnet.

Noch vor den Wahlen haben die Sozialdemokraten einen Antrag - 4. Novelle zum Gesetz - eingebracht. Für diesen Antrag, der 560 Mio. auf mehrere Jahre verteilt, gekostet hätte, haben geschlossen die Sozialdemokraten, 18 CDU und 17 FDP Abgeordnete in namentlicher Abstimmung gestimmt. Die Mehrheit hat ihn abgelehnt. Dies verdient festgehalten zu werden zum Beweis dafür, dass Sozialdemokraten zu ihrem Worte stehen. Ich habe für die SPD deshalb wörtlich folgendes festgestellt und erklärt

1. Nach der Bundestagswahl 1965 ist eine Bundesregierung unter Bundeskanzler Prof. Erhard gebildet worden, die durch ein Haushaltssicherungsgesetz wesentliche sozialwirksame Gesetze blockiert hat. Sie hat für 1967 einen Haushaltsplan vorgelegt, der auf Fiktionen aufgebaut ist und bisher der Bundestagsfraktion der SPD keine Möglichkeit zur Feststellung über die konkreten Änderungsanträge gibt.
2. Die Bemühungen des parlamentarischen Beirats, ein Gespräch mit dem Bundeskanzler zu führen, sind gescheitert.
3. Die Bemühungen des parlamentarischen Beirats, interfraktionell einen Antrag auf eine Schlußnovelle zustandezubringen, sind gescheitert. Eine Alternative der SPD-Bundestagsfraktion ist unter diesen Umständen zum Scheitern verurteilt und deshalb wiederhole ich, es wäre ein Alleingang der SPD.

Devisenausgleich, Stabilisierungsgesetz, Schulbuchforderungen und Mobilisierungspapiere für die Rentenversicherungsträger in Milliardenhöhe sind einige Beispiele dafür, daß in Bonn leider alles verworren und ungeklärt ist, daß wir haushaltsmäßig ein Durcheinander haben, das uns mit Sorge erfüllt und erfüllen muß. Unsere Verantwortung für die Zukunft gestattet uns nicht, heute verbindliche finanzielle Zusagen zu machen, weil wir sie

- a) angesichts der Haltung der Regierungskoalition nicht machen können. Wollen und Können ist in der Politik ein Unterschied, es setzt dies eine parlamentarische Mehrheit und eine solide geplante Finanzpolitik auf Sicht voraus - und
- b) weil wir auch nicht wollen, bei vollkommen ungeklärten Finanzverhältnissen durch Anträge Hoffnungen auf Leistungen zu erwecken, die später nicht realisiert werden können oder gefasste Beschlüsse und Gesetze einem Haushaltssicherungsgesetz zum Opfer fallen zu lassen.

Bei dieser Sachlage wäre eine erneute Initiative der SPD sinnlos. Es sieht sich, wegen des finanziellen Wirrwarrs nicht in der Lage, zum Scheitern verurteilte Anträge bei vollkommen offener Finanzsituation zu stellen. Was uns Heimkehrern not tut, ist eine sozial verantwortlich handelnde starke Regierung in Bonn, die uns aus dieser Misere herausbringt. Weil wir eine solche Regierung nicht haben, werden die Heimkehrer noch einige Zeit warten müssen. In keinem Falle können die Sozialdemokraten für das Finanzdurcheinander verantwortlich gemacht werden. Ihre Vorstellungen sind in den Wind geschlagen worden zum Schaden der Mitglieder eines Verbandes, der nachgewiesenermaßen viel Gutes getan und der es sich zur Aufgabe gemacht hat, der Staatsverdrossenheit entgegenzuwirken.

Soziale Gerechtigkeit ist ein Eckpfeiler in einem sozialen Rechtsstaat, der uns vor den Extremen abschirmt.

Es ist fast nicht wert erwähnt zu werden. FDP-Abgeordneter Schmidt-Kempton hatte einen Deckungsvorschlag für das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz: den Bau eines Neubaus für Arbeitsräume für die Abgeordneten zurückstellen. Dafür erhielt er von den Delegierten Beifall, ein bezeichnendes Beispiel von beginnender Staatsverdrossenheit, für die auch seine Partei die Mitverantwortung trägt.

Die vorhandenen Chancen nutzen

Die Bundesrepublik muß ihren Einfluß bei der Unesco verstärken

sp - In den letzten Jahren haben die sozialdemokratischen Experten für Kulturpolitik die Bundesregierung wiederholt daran erinnert, daß die Bundesrepublik in der Unesco, der Sonderorganisation der Vereinten Nationen für die Erziehung, Wissenschaft und Kultur mit 120 Mitgliedsländern ihren Einfluß nicht so geltend mache, wie es ihr - einem der größten Beitragszahler - zukomme. Die Mahnungen der Opposition sind nicht auf sehr fruchtbaren Boden gefallen. Immerhin hat aber jetzt die Unesco selbst die Bundesregierung wissen lassen, daß ihr viel an zusätzlichen deutschen Mitarbeitern für die Pariser Zentrale und für die Arbeit des Unesco-Außendienstes in aller Welt liege. Der (französische) Chef des Unesco-Einstellungsdienstes weilte deshalb vor kurzem auch in Bonn.

Das Bemühen um weitere deutsche Mitarbeiter, von dem man nur hoffen kann, es möge erfolgreich sein, reicht aber bei weitem nicht aus. Dies hat - ganz im Sinne der jahrelangen sozialdemokratischen Vorstellungen - vor einigen Tagen auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung der Bundesregierung eindringlich in Erinnerung gerufen. Die FAZ unterstrich, daß die Unesco für eine "kluge Politik" große Möglichkeiten eröffne, die vor allem Frankreich, aber auch die USA und die UdSSR nützten. Die Vertretung der Bundesrepublik in Exekutivrat und Sekretariat der Unesco stehe dagegen "in keinem Verhältnis zu der Tatsache, daß sie der drittgrößte Beitragszahler ist..."

Das Frankfurter Blatt erinnerte auch daran, daß der deutsche Vertreter beim Generalsekretariat ("im Gegensatz zu allen anderen Delegationen") weder über eine eigene Dienststelle im Unesco-Gebäude, noch über den Mitarbeiterstab anderer wichtiger Mitgliedstaaten verfüge. Außerdem wird kritisch erwähnt, daß der deutsche Vertreter bei der weltweiten Organisation weder Botschafter- noch Gesandtenrang besitze, obschon die Bundesregierung bei NATO und OECD Botschafter akkreditiert habe.

Alles in allem: Die Bundesrepublik nutzt die Chancen nicht auf diesem wichtigen Gebiet der internationalen Wissenschafts- und Kulturpolitik, wo Ost und West noch sehr eng zusammenarbeiten, in besonders hervorragender Weise präsent zu sein. Ob man mit der Verstärkung des Einflusses wohl auch hier zuwarten will, bis die Zone ihre Ansprüche geltend macht? Wer den Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland geltend macht, muß ihn auch in der Praxis mit allen zu Gebote stehenden Mitteln anwenden!

Was nützt es, wenn das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung jetzt im Haushalt 1967 weitere sechs Millionen DM (also über 62 Mio. DM jährlich) erhalten soll, um das Ausland "verstärkt über die Ziele der deutschen Politik aufzuklären"; wenn vorhandene Chancen für die Darstellung deutschen Wirkens derart vertan werden. Vielleicht stimmt es Regierung und CDU/CSU aber besonders nachdenklich, daß die FAZ nach Aufzählung eine lange Liste regierungsamtlicher Bonner Versäumnisse bei der Unesco mit offenlichtlicher Genugtuung feststellt: "Daher ist zu begrüßen, daß zum 20. Jahrestag (des Bestehens der Unesco) Professor Carlo Schmid als Vertreter der Bundesrepublik sprechen wird." Mit anderen Worten: Bei der 20-Jahrfeier der Unesco wird das geistige und politische Deutschland hervorragend vertreten sein. Aber das sollte nicht nur bei Festlichkeiten so sein.

"Aufstand gegen Belgrad"

Jugoslawien im Umbruch

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Das IV. Plenum des "Bundes der Kommunisten Jugoslawiens" gipfelte im Sturz des bisherigen Tito-Stellvertreters Aleksandar Ranković und in der damit eng verbundenen Zerschmetterung eines der machtvollsten Instrumente des Staates, der Geheimpolizei UDBa. Die anschließende VI. Vollversammlung des Zentralkomitees der serbischen KP brachte den Aufstand der nichtserbischen Nationen gegen die Belgrader Zentralgewalt, und das V. Plenum der jugoslawischen Gesamtpartei darn die numerische Gleichberechtigung aller südslawischen Nationen in den neuen Spitzengremien des jugoslawischen Kommunisten-Bundes.

Daß es sich dabei um einen Prozeß handelt, der ursprünglich nicht ganz so geplant war, nun aber Eigendynamik gewonnen hat, geht auch aus der Beobachtung einer anderen Entwicklung hervor: Es ist bekannt, daß Marschall Tito sich ursprünglich überhaupt nicht von seinem langjährigen engsten Mitarbeiter Ranković trennen wollte und auch noch auf dem IV. Plenum die Ansicht vertrat, man solle ihn nur aus seinen höchsten Funktionen (Vizepräsident der Republik, Mitglied des Exekutivkomitees und Sekretariats der Partei), nicht aber aus dem Zentralkomitee entfernen. Dagegen erhob sich sofort Widerspruch, aber sein nun erfolgter Ausschluß sogar aus der Partei und die neueste Forderung, man solle Ranković für seine Verbrechen sogar vor ein Gericht stellen, gehen weit über das alles hinaus.

Genauso, wie der Sturz Rankovićs eine steigende Fallgeschwindigkeit aufweist, genauso ist es um jene Entwicklung bestellt, die man ganz einfach unter dem Schlagwort "Aufstand gegen Belgrad" zusammenfassen kann.

Natürlich schiebt man dabei die ganz kleinen Nationen - vor allem die Skiptaren und Mazedonier - vor; die albanischen Skiptaren sind besonders geeignet, den Rambock zu spielen, da sie auf dem Territorium der "Sozialistischen Republik Serbien" leben und somit unter dem groß-serbischen Hegemonismus am meisten zu leiden hätten. Diese Leiden, wie sie nun in aller Offenheit in der jugoslawischen Presse geschildert werden, übertreffen teilweise noch die propagandistisch gefärbten Behauptungen von Radio Tirana: In großen Teilen des Kosmet, wo die albanische Minderheit siedelt, gibt es keine skiptarischen Schulen, und die skiptarischen Intellektuellen wurden entsetzlichem Druck von Seiten der groß-serbisch ausgerichteten UDBa ausgesetzt. Man mordete; in den Gefängnissen wurde gefoltert und getötet.

Die Mazedonier verfügen zwar über eine eigene Republik und damit auch über ein größeres Maß an nationaler Freiheit, aber neuerdings scheuen sie sich nicht einmal mehr davor zurück, die

Belgrader Politik der Aussöhnung mit Bulgarien systematisch zu stören, indem sie die Bulgaren annexionistischer Gelüste beziehigen. Dabei ist typisch, daß sich die Mazedonier wiederum der kroatischen Presse bedienen, die für derartige Sabotageartikel bereitwillig ihre Spalten öffnet. Wenn man noch hinzurechnet, daß sich die Slowenen schon unter Ranković von groß-serbischen Druck befreit haben und in ganz Jugoslawien fast als Ausländer betrachtet werden, erst dann kann man sich ein Bild von der Zerstörung des jugoslawischen Zentralismus machen, der natürlich immer mit dem Hegemonismus des großen Volkes, der Serben, identisch ist.

Die Dezentralisierung liegt voll und ganz im Sinn des Programms der jugoslawischen Kommunisten, aber man sollte doch nicht übersehen, daß nach der ideologischen Aushöhlung der Partei, der Entmachtung der Geheimpolizei, der Aberkennung der serbischen Führungsrolle und der allgemeinen Entwertung der Massenorganisationen wie "Bund der Kämpfer", Gewerkschaften, Jugendorganisation usw. im Grunde nur noch ein einigender Faktor übriggeblieben ist - der 75-jährige Marschall Tito. Auf der Suche nach politischen Machtgruppen, die im Falle eines immerhin zu erwartenden Ausscheidens des Marschalls aus der aktuellen Politik die Rolle eines Retters des Vaterlandes übernehmen könnten, fällt der Blick ganz von selbst auf die "Jugoslawische Volksarmee", in der es - anders als im übrigen gesellschaftlichen Leben Jugoslawiens - nur eine Sprache gibt und eine Führung, die recht monolithisch scheint.

Zwar stellen die Slowenen, Schrittmacher der südslawischen Auflösungsbewegung, neuerdings so weitgehende Forderungen wie Stationierung ausschließlich slowenischer Truppen auf dem Boden ihrer Republik, aber im Ernstfalle darf man doch erwarten, daß hier eine "starke Hand" ist, die das klapprige Gebilde Jugoslawien zusammenhalten könnte.

Man muß sich also fragen, wessen Geistes dieses jugoslawische Armeekorps ist, und dazu gibt es nur eine Feststellung: es ist so unpolitisch, wie es sich die bulgarischen Parteiführer von ihrer Armee nur allzu gerne wünschen würden. Aber gerade dieses scheinbare Desinteresse an den politischen Auseinandersetzungen, die sich vor allem durch gewaltigen Wortreichtum ausweisen, bestärkt die Vermutung, daß die jugoslawischen Offiziere weitaus nüchternere Menschen sind als die Funktionäre der Partei. Zwischen ihnen und den Technokraten könnte man sich sehr gut eine reibungslose Zusammenarbeit vorstellen, aus der eine sozialistisch gefärbte Diktatur der Militärs und Fachleute hervorgehen könnte.

Kommt man zu diesem Schluß, dann sieht plötzlich alles wieder viel besser aus, denn nichts wäre Jugoslawien dienlicher als mehr Disziplin und mehr Wissen in seiner Führung.